



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/117 - 21.5.1952

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 376 54-59  
Fernschreiber 039 890

|                                       |      |
|---------------------------------------|------|
| Regierung und Opposition              | S. 1 |
| Deutschland und Polen                 | S. 3 |
| Otto von Habsburg und die Europa-Idee | S. 5 |
| Zum Bückeburger Remer-Prozeß          | S. 7 |

## Die Sitzung am Freitag

P.R. Der Beschluß des Bundestagspräsidenten, den Bundestag zu einer Sondersitzung für den kommenden Freitag einzuberufen, kam für die Regierungskreise im Parlament wie in den Ämtern unerwartet und unerwünscht. Dem Ärger wurde auf verschiedene Weise Luft gemacht: Die MdB's kämen vergeblich nach Bonn, hieß es an einer Stelle, an einer anderen wurde darauf hingewiesen, daß jede Sondersitzung etwa 35000 M koste, "eine Ausgabe, die nur zu vertreten sei, wenn das Plenum einer wichtigen Debatte auch zustimme". Bitte, dem steht nichts im Wege.

Die Regierung und ihre Parteien sind mit der Einberufung einer Sondersitzung in eine unangenehme Lage gekommen. Entweder sie lassen eine Tagesordnung mit der Diskussion der Verträge zu, Dann werden sie vermutlich bestrebt sein, sie wenigstens mit irgendeiner Vertrauenskundgebung für den Kanzler zu verbinden. Tun sie das, so wird ein großer Teil ihrer Abgeordneten es sich gefallen lassen müssen, mit den eigenen rebellierenden Äußerungen vor drei Wochen konfrontiert und an ihren schmachvollen Unfall erinnert zu werden. Die großen Worte Mühlentfelds von einer zweiten Versailles, die Proteste der CSU gegen eine Unterschrift unter Zeitdruck, die der Abgeordnete Strauß eben erst wiederholt

hat, die Einsprüche ganzer Gruppen der CDU und der FDP werden bei dieser Gelegenheit als das enthüllt werden, was sie von Anfang an waren, Aktionen einer Scheinopposition gegen die Politik des Kanzlers, die man wohl als abenteuerlich empfindet, ohne daß man den Mut hat mehr zu tun, als zwei- oder dreimal kurz aufzubrüllen, nach dem Muster des uns allen bekannten Filmlöwen von Metro-Goldwyn.

Eine andere Möglichkeit ist die, es zur Beschlußunfähigkeit des Hauses kommen zu lassen, eine letzte, irgendeine nebensächliche Tagesordnung zu beschließen und abzuwickeln. In den beiden letzten Fällen wäre die Situation der Regierung und ihrer Parteien auch nicht beneidenswert, dann schlüssiger als durch dieses Verhalten könnten sie den ohnehin bestehenden Eindruck nicht bestätigen, daß sie unter allen Umständen einer offenen Aussprache über die Verträge ausweichen wollen. Daß sie von ihrem Standort der Kanzlerhörigkeit aus an diesen Weg gebunden sind. Daß sie wissen, wie sehr in dieser ganzen Sache, so wie sie zur Zeit vom Bundeskanzler angefaßt wird, das wahre politische Interesse Deutschlands den Bedürfnissen der Westalliierten und vor allem der Amerikaner nachgeordnet wird und daß sie schließlich begreiflicherweise davor zurückscheuen, sich mit dieser Tatsache vor dem ganzen deutschen Volk auseinandersetzen zu müssen.

Daß, was den Verträgen im Sinne des deutschen und eines echten europäischen Interesses an Substanz fehlt, soll, zumindest hierzulande, durch Propaganda ersetzt werden. Es ist ein politisches spectaculum erster Ordnung geplant, das auch von der Regierung nicht für notwendig gehalten würde, wenn der Anlaß ohnedies für sich spräche. Der Kanzler hat jetzt erst wieder erklärt, die ganze Sache sei doch mit der Unterzeichnung noch nicht endgültig entschieden. Gewiß. Weshalb soll dann aber neuerdings diese Tedeum-Stimmung erzeugt werden? Der Fall ist doch so, daß man mit der Ratifizierung des Vertrages im amerikanischen Kongreß nach vorangegangener Unterzeichnung in Deutschland hier den letzten Druck auf die deutsche Öffentlichkeit in dem Sinne glaubt ausüben zu können, daß man sagt, es wäre nun ja sinnlos und ein schwerer Affront gegenüber den USA, wollte man sich nicht diesem Votum in Washington anschließen. Das ist offenbar der Sinn der Übung.

Deutschland und Polen

## Eine bemerkenswerte polnische Stimme

In dem bedeutendsten Blatt der polnischen Emigration, der in London erscheinenden Tageszeitung "Dziennik Polski" wirft der bekannte polnische Journalist Leszek Kirkien in der Ausgabe vom 17. April 1952 in einem "Polen, Deutschland und Rußland" betitelten, umfangreichen Artikel das Problem des deutsch-polnischen Verhältnisses auf.

Der Verfasser beleuchtet zunächst kritisch die deutsche Propaganda um die Wiedergewinnung der verlorenen Gebiete im Osten und behauptet, daß die Frage der Rückgliederung dieser Gebiete von deutscher Seite bei den Verhandlungen über eine Eingliederung der Bundesrepublik in die Europäische Verteidigungsgemeinschaft als Argument benutzt werde. Er fragt, was man deutscherseits wohl unter "Befreiung der weggenommenen Gebiete" verstehe und behauptet, daß diese Propaganda in gewissen Kreisen sich auch auf die Gebiete von Posen, Pommerellen und Schlesien, ja sogar auf das "Wartheland mit Lodz" erstrecke. Jedenfalls sei es nicht klar, was bei den Verhandlungen um die deutsche Armee sich hinter der Bezeichnung "weggenommene Gebiete" verberge.

Bereits zu der Zeit, als von einer Europa-Armee noch keine Rede war, habe sich die Bundesregierung, so behauptet der Verfasser, inoffiziell um Gespräche mit polnischen Emigrantenkreisen bemüht, ausgehend von der Erkenntnis, daß allein die Tatsache, daß Verhandlungen mit Auslandspolen über die Oder-Weißer-Grenze geführt werden, ihr propagandistische Vorteile bringen könne.

Nach einem Hinweis auf das im November vorigen Jahres in Paris geführte Gespräch zwischen Vertretern der christlichen deutschen und polnischen Jugendorganisationen und auf den Besuch des Prof. von Richthofen in London vor einigen Wochen, "der dort einen polnischen Prohala gesucht habe", wird in dem Artikel festgestellt, daß Westdeutschland es vorziehen würde, mit den Auslandspolen zu einer

Einigung zu kommen, während demgegenüber die Nordatlantikpaktmächte die politischen Organisationen der polnischen Emigration entweder völlig ignorieren oder sie nur als Werkzeuge benutzen möchten.

Für den Fall, daß die Regierung in Bonn Kontakt mit polnischen politischen Kreisen im Westen aufnehmen wollte, müßte polnischerseits zur Bedingung gemacht werden, daß die Bundesregierung darauf verzichtet:

1. Unter den Polen Frchalas oder ähnliche Individuen zu suchen;
2. Sich konfessioneller oder solcher Organisationen zu bedienen, die Parolen über eine moralische Wiedergeburt als Deckmantel für ihre revisionistische Aktion verkünden;
3. Die ganze Schuld für die begangenen Kriegsverbrechen auf ihre Vorgänger abzuwälzen mit dem Ziel, die Zahlung von Entschädigungen an die lebenden Opfer der Konzentrationslager und der Gefängnisse sowie an die Witwen und Waisen der Opfer des Terrors in Polen zu vermeiden.

Die Regierung in Bonn wisse sehr gut, welche polnischen politischen Kreise es im Westen gibt. Die Herstellung eines Kontakts sei nicht schwer. Allerdings sei die Zweckmäßigkeit solcher Begegnungen oder eines Gedankenaustausches zu bezweifeln, falls das Hauptziel solcher Gespräche in der Schaffung einer revisionistischen Atmosphäre erblickt werden sollte.

Zum Schluß heißt es in dem Artikel, daß angesichts der Bedrohung der westlichen Zivilisation Anstrengungen aller nötig sind und daß auf einem sinkenden Schiff sogar die Sträflinge zur Rettungsarbeit auf Deck geholt werden. Polnischerseits werde die Erbfeindschaft nicht gepredigt, doch dürften die Saiten nicht überspannt werden.

+ + +

Auf den Pfaden der Kreuzfahrer

K.H.-Mainz

Das "Institut für Staatslehre und Politik" der Mainzer Johannes-Gutenberg-Universität" befließigt sich seit einiger Zeit seine Existenzberechtigung dadurch nachzuweisen, daß es mit mehr oder weniger interessanten Darbietungen vor die Öffentlichkeit tritt. So wurde in der vergangenen Woche auch Otto von Habsburg nach Mainz gebracht, um dort vor einem kleinen Kreis interessierter Persönlichkeiten der europäischen Idee neue Impulse zu geben.

Was Herr Otto von Habsburg erzählte, war nicht neu. Es stand einige Tage vorher in der offiziellen Wochenzeitschrift der CDU "Rheinischer Merkur". Es war auch nicht interessant, was er über die Wirtschaftsphilosophie der Amerikaner oder das sowjetische Gewaltregime zu sagen wußte.

Interessanter war dagegen die Tatsache, daß Hoheit in seinem mit "wissenschaftlicher Methode" aufgelegenen Referat in einem Teil nichts anderes als billige, landläufige Plattheiten vom freien Markt der politischen Ideen servierte, um in anderen Teil mit frisch-fröhlichem Europa-Optimismus die "Jugendfrische dieses Erdteils" zu beweisen. Dabei paßte die historisierende, aber unsachlich-großzügige Geschichtsbeschreibung, die in ihrem machtpolitischen Großraudenken durchaus eines Habsburgers würdig war, ganz zu den Gründen seines Optimismus: "Das Europa der Jahrhundertwende war viel freier", "es kannte keine Pässe und keine Zollmauern". Und der Niedergang war nur die "Folge falscher politischer Entscheidungen". (Hätten nicht auch die Habsburger ihren Teil daran?) Otto von Habsburg ist durchdrungen von der "jugendlichen Vitalität der Europäer" und ihrem "Heldenmut, Heroismus und Pflichterfüllung". (Kriegerische Beispiele gab es in Europa ja genügend). Und Otto weiß auch, daß "der Kontinent seiner heroischen Vergangenheit und seinem Geist der Männlichkeit treu" ist.

Dann aber machte der Habsburger einige seiner jüngeren Zuhörer doch neugierig, als er die pathetische Forderung aussprach, daß um

der Unabhängigkeit Europas Willen der Jugend "der neue Geist der Kreuzzüge" gegeben werden müsse, daß die Jugend "im neuen Geist zu den wahren Quellen der Vergangenheit" zurückfinden müsse: Zur "europäischen Harmonie der Vielfalt", zur "humanistisch-christlich-freiheitlichen Kultur". Dann könne die "Einheit der christlichen Welt gegen die Gefahr des sowjetischen Asiens" gesichert werden.

Eine Diskussion gab es natürlich nicht, obwohl viele Fragen offen standen. Nur die Pressevertreter wurden der Ehre einer Audienz teilhaftig. Und Hoheit beantwortete im Schutze von Herrn Minister a.D. Dr. Susterhenn, "temperamentvoll" und mit österreichischem Charme Fragen. Doch die Frage nach einer genaueren Umschreibung seiner für die Jugend gesetzten "Ziele" blieb unbeantwortet, denn auf die Wiederholung der "Quellen der humanistisch-christlich-freiheitlichen abendländischen Kultur" mußte er - zur Rede gestellt - zugeben, daß diese ethischen Forderungen sehr begrüßenswert sind, daß sie aber alle in der Vergangenheit politisch versagt haben.

Das "Institut für Staatslehre und Politik" ist eine Einrichtung, die von öffentlichen Mitteln existiert. Das Institut soll durch seine Arbeit zum Verständnis der Zusammenhänge in Politik und Wirtschaft beitragen. In seinem Arbeitsplan ist nicht vorgesehen, daß es die Aufgabe habe, anzulängliche restaurative Propagandaformeln der CDU in pseudo-wissenschaftlicher Form zu verbreiten. Es ist auch im Arbeitsplan des Instituts nicht vorgesehen, alte Ladenhüter als Errungenschaft einer "neuen Idee" zu servieren. Notwendigerweise muß man daher bei der Einladung und Zurschaustellung eines "Hohen Gastes" wie es der Otto von Habsburg ohne Zweifel ist, auf den Gedanken kommen, daß die Männer hinter dem "Institut" weiter nichts wollen, als die Öffentlichkeit für dumm zu verkaufen.

In diesem Falle wäre es aber wünschenswert, wenn sie dem "Institut" einen anderen Namen gäben.

+ + +

Remers ziviles Zwischenspiel

Jos.-Bückeburg

Nicht nur die meisten Zuhörer des Prozesses Remer / Treskow in Bückeburg vernahmen mit Staunen das Urteil, das Remer von dem Vorwurf befreite, in den letzten Kriegstagen fahnenflüchtig geworden zu sein. Das Urteil, das Amtsgerichtsrat Heinicke unterzeichnete, wird weit über Bückeburg hinaus mit Verwunderung aufgenommen werden und man wird dem Richter, der in dieser Sache angerufen war, nicht bescheinigen können, daß er der Demokratie einen Dienst erwiesen habe. Er wird sich mit seinem juristischen Gewissen auseinandersetzen müssen. Es ist nur zu hoffen, daß in dieser Angelegenheit noch nicht das letzte Wort gesprochen ist.

Zwei ehemalige Generale standen sich in Bückeburg gegenüber. Beide Prototypen ihres Standes. Der eine als Beklagter: Joachim von Treskow, zuletzt Korpskommandant, der Reichswehrgeneral wie er im Buche steht, mit kahlgeschorenen Schläfen, schmalen Lippen und der linealgraden unnahbar erscheinenden Haltung. Wie er sprach und wie er sich gab, war er vom Scheitel bis zur Sohle der letzte Sproß einer alten Soldatenfamilie, bei der das Wort Tradition groß geschrieben wird. Gewiß ein untadeliger, aber ebenso gewiß nicht immer ein sympathischer Typ. Seine Stimme zitterte vor Entrüstung, als er die militärischen Schwierigkeiten schilderte, in die er während des Krieges geraten war: "Ich habe nie Zivil angezogen", sagte er, den ihm heute aufgezwungenen, vorschriftsmäßig zu knappen Zivilanzug glattstreichend.

Anders sein Gegenspieler, der Nazigeneral Remer, an dessen kometenhafter militärischer Laufbahn nicht die Tradition, sondern der Dank des Mannes schuld war, der damals Orden und Generalstreifen zu vergeben hatte. So etwas verpflichtet auch heute noch zu "Volksverbundenheit"; darum sprach Remer nicht militärisch knapp und abgehackt wie sein Gegenspieler, sondern gestenreich, häufig die Hand in die Rocktasche steckend, ganz im Tonfall des Demagogen. Darum auch ließ er sich von vielen Zeugen aus dem Mannschaftsgrad bestätigen, daß er als Divisionskommandeur immer im vordersten Schützengraben herumgekrochen sei, und daß seine Soldaten "für ihn durch's Feuer gegangen" seien. Aber der Tonfall, mit dem er heute noch vor dem Richtertisch mit seinem ehemaligen Putzer, dem damaligen Obergefreiten und heutigen Zeugen Nax verkehrte, zeigte, daß es eine "Volksverbundenheit mit Distanz" war, eine auf Effekt berechnete Geste, die sich heute rein äußerlich in dem tadellos sitzenden modernen Zivilanzug fortsetzt.

Es gibt Augenblicke, da Schweigen tödlicher wirkt als eine lange wohlgesetzte Rede. In diesem Prozeß war es der Augenblick, als Remers Generalstabschef aus der kritischen Zeit, April 1945, dem Nazigeneral die Tapferkeit in Schützengraben bescheinigte und.

vom Richter nach Remers Fähigkeiten als Divisionsführer befragt, erklärte: "Ich glaube, es ist im Interesse des Herrn Remer, wenn ich darüber nichts sage".

Hier liegt auch der Angelpunkt des Prozesses, der Schlüssel zum "kriegsmäßigen" Verhalten der beiden Exgenerale. Für den Traditionsgeneral ist die persönliche Tapferkeit so selbstverständlich, daß er sie den niederen Dienstgraden überlassen kann; seine Aufgabe ist, gerade in kritischen Zeiten durch überlegene Führungskraft den Soldaten zu helfen. Der "volksverbundene General" aber, in diesem Falle Remer, legte - bildlich und wörtlich - die Generalsstreifen ab und zog mit kleinen Haufen seiner Soldaten durch die feindliche Kette mit dem Motto: Rette sich jeder wie er kann. Die "Volksverbundenheit" Remers schrumpfte so von einer Division auf eine Gruppe von fünf Mann zusammen.

Remers Verhalten im Kessel von Spremberg, sein "Absetzen" in Zivilkleidung weitab vom Kern seiner Division ist nach dem Generalskodex unverzeihlich. Remer war eingekesselt, die Russen marschierten auf Berlin und die Wunderwaffen, an die Remer wahrscheinlich bis zu diesem Augenblick geglaubt hatte, blieben aus. Da verlor Remer die Nerven und überschritt in Zivil die Elbe, auf deren anderer Seite die Amerikaner standen. Aber Remer stieß wieder auf deutsche Truppen, er durfte die Zivilkleider ablegen und wieder "volksverbundener" General werden. Zahllose Soldaten, die nicht Remer hießen und in diesen Tagen in Zivil angetroffen wurden, wurden gehängt. Was bei ihnen Fahnenflucht und vorsätzliches Verlassen der Truppe war, wurde bei Remer zur "Kriegslist" und zu einem von etlichen Zeugen merkwürdig übereinstimmend genannten "Husarenstück". Selbst der Feldmarschall Schörner, dessen Skrupellosigkeit sprichwörtlich war, beugte sich dem NS-Klang des Namens Remer.

Wer den Prozeß genau studiert hat, kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß hier ein ziviler Amtsrichter mit einer Materie befaßt worden ist, die in ihrem Kern militärischer Natur ist. Ob das Amtsgericht das richtige Forum war, diese Fragen zu klären, zumal noch, ohne einen militärischen Sachverständigen zu fragen, kann bezweifelt werden. Denn während des Prozesses ist eindeutig erwiesen worden, daß andere militärische Führer im Kessel von Spremberg anders gehandelt haben als Remer und besonders ihre Soldaten mit relativ wenig Verlusten herausgebracht haben. Deshalb ging es nicht darum, zu klären, ob Remer beleidigt worden sei oder nicht, sondern darum, ob er als Divisionskommandeur seine Pflicht restlos erfüllt habe, so daß er heute auf der politischen Bühne mit seinen militärischen Verdiensten als Rattenfänger auftreten kann.

+ + +

---

Verantwortlich: Peter Raunau